

Neue Spielregeln gesucht = À la recherche de nouvelles règles du jeu ; Notiert = Noté

Autor(en): **Müller, Ulrich**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **90 (1999)**

Heft 8

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Neue Spielregeln gesucht

Müsste man hier sämtliche Beschlüsse, Bestimmungen, Entwürfe, Gesetze, Initiativen, Motionen, Programme, Projekte usw. der aktuellen Schweizer Energiepolitik und ihre Widersprüchlichkeiten auflisten, so wäre diese Seite schon gefüllt (siehe zum Beispiel Tabelle in «Bulletin» Nr. 20/1998, S. 46).

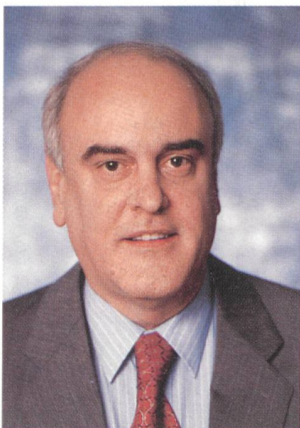
Daraus wird die grosse Verwirrung in der Energiepolitik ersichtlich. So sind die Resultate der Vernehmlassung zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) ebenso widersprüchlich wie die Vielzahl von Vorschlägen zur Verteuerung der Energie. Dabei werden mit Subventionen Allianzen «geködert». Die Marktöffnung wird zum Vorwand genommen, Struktur- und Regionalpolitik zu betreiben, Sonderinteressen zu schützen, neue Finanzquellen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte zu erschliessen und gleichzeitig die Kernenergie zu eliminieren. Die wirtschaftsverträgliche Umsetzung echter umweltpolitischer Ziele gerät zunehmend in den Hintergrund.

Die in einer souveränen Politik so notwendige Verantwortung für das ganze Land gerät damit unter die Räder. Verlierer werden diejenigen sein, die in «Bern» den Mund nicht aufreissen konnten, das sind vor allem Arbeiter, Angestellte und Steuerzahler. Der eigentliche Souverän, der Stimmbürger, ist mit solchen politischen Packungen überfordert.

Die aktuellen energiepolitischen Entwicklungen zeigen unerfüllbare Forderungen, nämlich grundsätzlich preisgünstigen Strom für die Kunden und gleichzeitig viel Geld für die Politiker. Eine Milchkuh, die man täglich auf den Markt schickt, kann man nicht gleichzeitig für sich melken.

Es wäre deshalb von Vorteil, wenn die Schweizer Elektrizitätswirtschaft vermehrt ihre Probleme selbst lösen könnte, um im Strommarkt erfolgreich zu sein. Dann werden auch die Kunden davon profitieren. Dies wäre die «Win-Win»-Situation.

Ein Blick in das Innere der Branche zeigt, dass der bevorstehende Wettbewerb den Unternehmergeist in der Elektrizitätswirtschaft längst beflügelt hat. Die faktische Marktöffnung geht der rechtlichen voraus und die Konturen der künftigen Marktordnung werden sichtbar durch Allianzen, betriebliche Zusammenschlüsse und Neupositionierungen am Markt.



Ulrich Müller, Redaktor VSE

Notiert / note

Aufschwung erhöhte 1998 den Elektrizitätsverbrauch

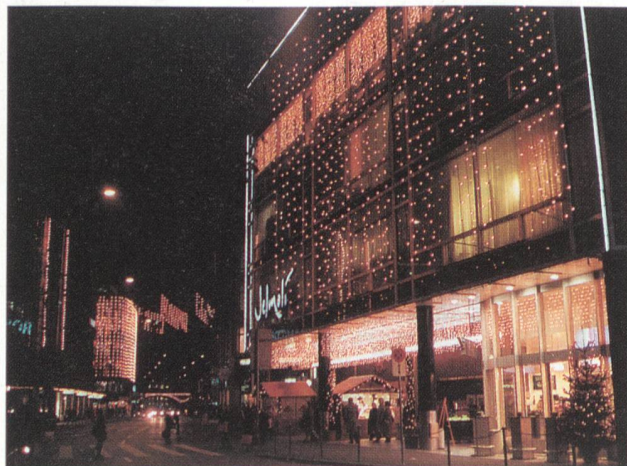
(uvek/m) Der Elektrizitätsverbrauch der Schweiz ist 1998 um 2,1% gestiegen. Dieser Mehrverbrauch ist vor allem auf den wirtschaftlichen Aufschwung zurückzuführen. Die schweizerischen Kraftwerke erzeugten 0,6% mehr Strom als im Vorjahr; sie erzielten mit 60,9 Mrd. Kilowattstunden

(kWh) das bisher zweithöchste Produktionsergebnis. Der Exportüberschuss sank 1998 auf 6,0 Mrd. kWh. Seit 1990 stieg der Stromverbrauch im Durchschnitt um 0,8% im Jahr, verglichen mit 2,6% in den 80er Jahren.

Der Elektrizitätsverbrauch (Endverbrauch) stieg 1998 auf 49,6 Mrd. kWh; dies entspricht einem neuen Höchstwert. Die Erhöhung belief sich auf 1,0 Mrd. kWh oder 2,1% gegenüber dem Vorjahr. Für den höheren Stromverbrauch sind hauptsächlich folgende Gründe

verantwortlich: Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität um 2,0%, um 3,6% erhöhte Zahl der Heizgradtage und Zunahme der Wohnbevölkerung um 0,2%.

Die Elektrizitätsproduktion des schweizerischen Kraftwerkparks stieg 1998 um 0,6% auf 60,9 Mrd. kWh. Die Wasserkraftanlagen erzeugten bei durchschnittlichen Produkti-



Mehr Stromverbrauch durch bessere Konjunktur.

A la recherche de nouvelles règles du jeu

Si nous devons présenter ici une liste des divers arrêtés, dispositions, projets, lois, initiatives, motions, programmes et autres de l'actuelle politique énergétique suisse et de ses contradictions, la présente page serait déjà remplie (à titre documentaire, nous vous renvoyons au tableau publié dans le Bulletin N° 20/1998, p. 46).

Ceci montre bien la situation confuse de la politique énergétique suisse. C'est ainsi que les résultats de la consultation relative à la loi sur le marché de l'électricité (LME) sont aussi contradictoires que les nombreuses propositions visant à renchérir l'énergie. On «appâte» même des alliés potentiels en proposant des subventions. L'ouverture du marché sert de prétexte pour faire de la politique structurelle et régionale, protéger des intérêts particuliers, exploiter de nouvelles sources financières en vue de rééquilibrer le budget de l'Etat et en même temps éliminer l'énergie nucléaire. La réalisation d'objectifs de politique environnementale, compatible avec l'économie nationale, passe de plus en plus au second plan.

La responsabilité vis-à-vis de l'ensemble du pays, élément essentiel d'une politique souveraine, est ainsi négligée. Les perdants seront ceux qui n'ont pu s'exprimer à «Berne», donc principalement l'ouvrier, l'employé et le contribuable. Le souverain, c'est-à-dire le citoyen suisse, se sent dépassé devant un tel volume de projets politiques.

Les développements de la politique énergétique suisse mettent en évidence des revendications irréalistes consistant fondamentalement à exiger un prix de l'électricité avantageux pour les clients et en même temps beaucoup d'argent pour des buts politiques. On ne peut mener tous les jours une vache laitière au marché et en même temps la traire pour soi.

Il serait bon pour l'économie électrique suisse qu'elle puisse résoudre plus souvent elle-même ses problèmes afin de pouvoir s'affirmer sur le marché de l'électricité. Les clients pourraient ainsi aussi en profiter – ce qui serait donc une situation où tout le monde gagne.

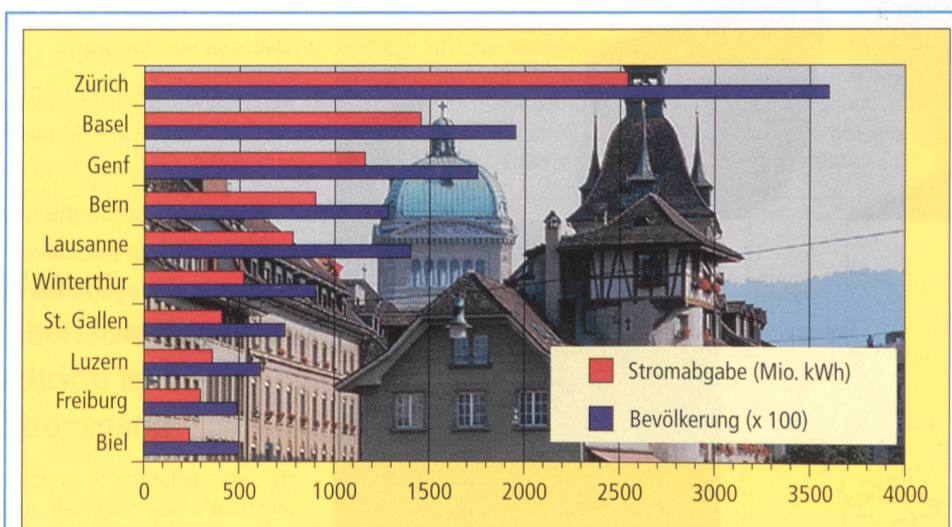
Si nous regardons ce qui se passe au sein de la branche, nous voyons que la future concurrence a depuis longtemps stimulé l'esprit d'entreprise des producteurs et distributeurs d'électricité. L'ouverture réelle du marché n'attend pas la réglementation juridique, et des alliances, des fusions d'exploitation et de nouveaux positionnements sur le marché dévoilent les contours de la future organisation de ce marché.

Ulrich Müller, rédacteur UCS

onsverhältnissen 1,4% weniger als im Vorjahr. Die Speicherwerke produzierten 3,8% weniger und die Laufwerke 1,8% mehr Elektrizität. Dank der hohen Verfügbarkeit der fünf schweizerischen Kernkraftwerke wurde ein neues Höchstergebnis von 24,3 Mrd. kWh erzielt.

Internet wichtig für Versorger

(m/ue) Das Internet soll zum Schlüsselement zur Kundenbindung bei den geöffneten Energiemärkten werden. Eine Untersuchung von Datamonitor besagt, dass in Europa 75% der Versorgungsunternehmen in den nächsten drei Jahren Internet-Online-Dienste einführen wollen.

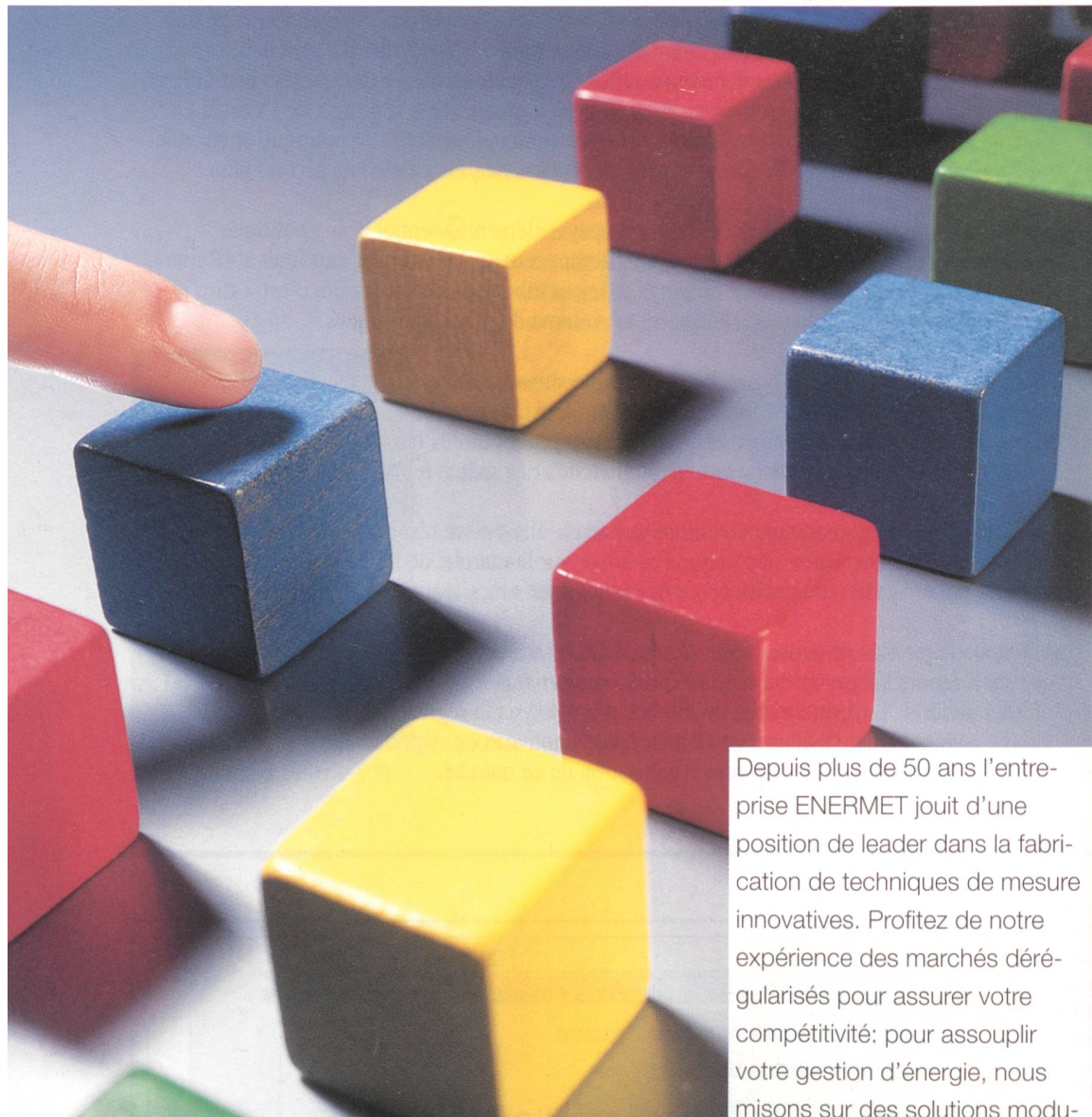


Städtische Stromversorgung

(m) Die jährliche Elektrizitätsabgabe in den grössten Schweizer Städten ist weitgehend analog der Zahl der versorgten Bevölkerung. Der Verbrauch der einzelnen Städte wird jedoch stark von den Segmenten Dienstleistungen (Höchstwert: Bern mit 53,5% Anteil) und Industrie (Höchstwert: Winterthur mit 46% Anteil) beeinflusst (Quelle: Statistisches Jahrbuch des Schweizerischen Städteverbandes 1998)

Notre compétence s'appuie sur une longue expérience.

Le 1849 999ème compteur électronique Enermet est peut-être déjà le vôtre.



Depuis plus de 50 ans l'entreprise ENERMET jouit d'une position de leader dans la fabrication de techniques de mesure innovatives. Profitez de notre expérience des marchés dérégularisés pour assurer votre compétitivité: pour assouplir votre gestion d'énergie, nous misons sur des solutions modulaires individuelles évolutives et fiables pour des systèmes de comptage d'avenir.



ENERMET

ENERMET AG ■ UNDERMÜLISTRASSE 28 ■ CH-8320 FEHRALTORF
TEL. 01/954 81 11 ■ FAX 01/954 81 01

Positivtrend im Grossgerätebereich

(m/fea) Wie aus einer vom Fachverband Elektroapparate für Haushalt und Gewerbe Schweiz (FEA) publizierten Statistik hervorgeht, konnten 1998 gegenüber dem Vorjahr in fast allen Bereichen des Grossgerätesektors leichte Marktverbesserungen erreicht werden. Gut schnitten vor allem Mikrowellengeräte (+8,4%) und Einbaubacköfen (+7,7%) ab. Erhebliche Unterschiede ergaben sich in den Märkten der Kleingeräte. Gefragt waren hier Wasserkocher (+37,5%) und Zahnpfleegeräte (+23,8%), rückläufig waren zum Beispiel Wärmepflegegeräte (-23,5%) und Haarpfleegeräte (-9,6%).

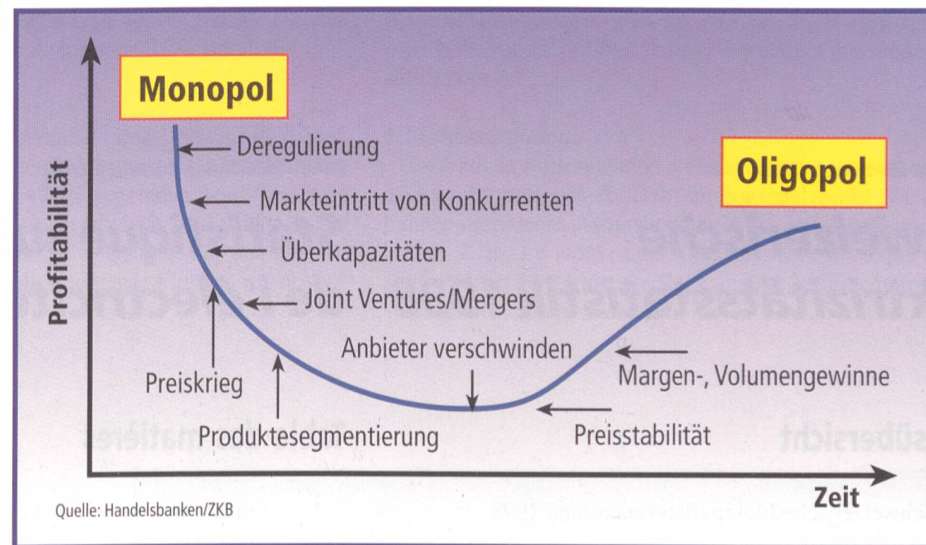
Noch keine bilateralen Verhandlungen Schweiz - EU im Elektrizitätsbereich

(efch) Die EU-Kommission hat am 3. März ein internes Positionspapier zu den künftigen Beziehungen mit der Schweiz verabschiedet. Darin hält die EU-Behörde fest, dass der Zeitpunkt für eine weitere sektoruelle Verhandlungsrunde nicht gegeben sei. Das Positionspapier erwähnt unter anderem den Elektrizitätsbereich, für welchen die Schweiz in Brüssel ihr Verhandlungsinteresse deponiert hat.

Ständerat will die ökologische Steuerreform

(v) Der Ständerat hat am 9. März einen ersten Schritt in Richtung einer ökologischen Steuerreform unternommen. Ohne Gegenstimmen wurde ein Gegenvorschlag zur «Energie-Umwelt-Initiative» angenommen, der in einem Verfassungsartikel die Besteuerung der «nichterneuerbaren Energieträger» als Teil der Energie- und Umweltpolitik definiert. Die Höhe dieser Abgabe ist

Marktentwicklung nach einer Liberalisierung



(m) Die Liberalisierung der Strommärkte in Europa ist zurzeit in vollem Gange. Sie erfolgt jedoch nach nationalpolitisch unterschiedlichen Ansätzen und Geschwindigkeiten. Die obige Grafik ist deshalb eine mehr generelle Betrachtung einer Marktentwicklung ohne natürliche Monopole oder politische Parameter.

nicht in der Verfassung festgeschrieben, sie soll aber zwischen 2,5 bis 3 Milliarden Franken jährlich einbringen und zur Senkung der obligatorischen Lohnnebenkosten verwendet werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen je um ein halbes Prozent entlastet werden. In Kraft treten soll die neue Regelung auf das Jahr 2004.

Der Ständerat befürwortete zudem eine auf höchstens 15 Jahre befristete Energieabgabe auf nichterneuerbare Energien zur Förderung erneuerbarer Energien, der rationellen Energienutzung und der Wasserkraft. Erdöl, Uran, Gas und Kohle sollen mit 0,2 Rp./kWh (entsprechend rund 300 Mio. Franken jährlich) belastet werden.

Weitere Liberalisierungsschritte im EU-Strommarkt

(m/d) Unmittelbar vor Ablauf der Frist zur Umsetzung der Binnenmarkt-Richtlinie «Elektrizität» in nationales Recht am 19. Februar 1999 haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) zum grossen Teil ihre Gesetz-

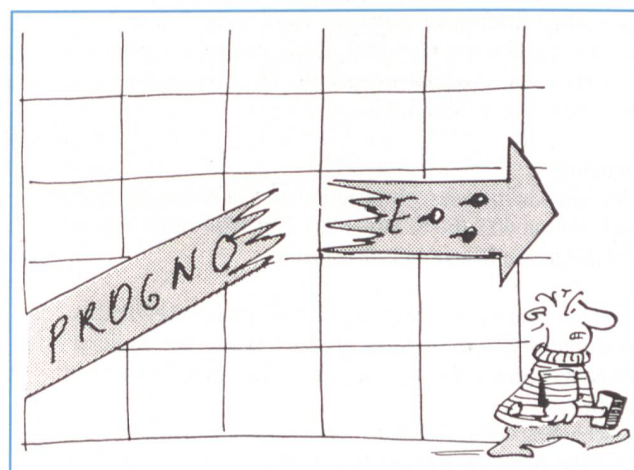
gebungsverfahren abgeschlossen.

In Deutschland, Grossbritannien, Schweden und Finnland wurde der Markt – zumindest auf dem Papier – völlig liberalisiert, in Dänemark zu 90%.

In anderen Staaten läuft es gemächlicher. Österreich und Portugal orientieren sich bei der Marktöffnung an den Brüsseler Vorgaben. Frankreich und Italien werden die Richtlinie sogar erst mit einigen Monaten Verspätung in nationales Recht umsetzen, im Falle Frankreichs nach heftigen innenpolitischen Debatten ebenfalls nur im Mindestmass. Aus Gründen des

«Service Public» darf der Wettbewerb weitgehend verhindert werden.

Für Belgien und Irland wurde eine Fristverlängerung auf Februar 2000, für Griechenland auf Februar 2001 vereinbart. Eine weitere Marktöffnung streben nur die Niederlande, Spanien und Dänemark an. Die Branche schaut nun mit Interesse auf den grenzüberschreitenden Handel mit Strom. Der war bislang noch zu vernachlässigen, wird jedoch durch die europaweite Liberalisierung rasch zunehmen. Das meistangewendete Netzzugangsmodell in den EU-Ländern ist das des regulierten Netzzugangs.



Die Prognosen für die Strommarktöffnung in der EU erfüllen sich nicht überall.